



Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz



StMUV - Postfach 81 01 40 - 81901 München

Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Frau Ilse Aigner, MdL
Maximilianeum
81627 München



Ihre Nachricht

Unser Zeichen
72e-U8721.22-2016/2-34

Telefon +49 89 9214-00

München
18.06.2021

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher (SPD) vom 18.05.2021 betreffend
Keine Zerstörung des Heubergs – Kein Riedberger Horn 2.0!

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Schriftliche Anfrage beantworte ich im Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie wie folgt:

1a.) Wer betreibt den Steinbruch in Nußdorf-Überfilzen am Westhang des Heubergs?

Betreiber des Steinbruchs ist das Unternehmen „Südbayerisches Portland-Zementwerk Gebr. Wiesböck & Co. GmbH“, vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Dipl.-Ing. Mike Edelmann, Sinning 1, 83101 Rohrdorf.

1.b) Wem gehört die Betreiberfirma bzw. wer hält die wesentlichen Anteile?

Das Unternehmen „Südbayerisches Portland-Zementwerk Gebr. Wiesböck & Co. GmbH“ ist im Handelsregister des Amtsgerichts Traunstein unter der

Nummer HRB 55 eingetragen. Die gewünschten Informationen können dem öffentlich einsehbaren Handelsregister entnommen werden.

1.c) Welche Verbindung der Betreiberfirma zur Politik sind der Staatsregierung bekannt?

Hierzu liegen der Staatsregierung keine Erkenntnisse vor.

2.a) Wann wurde der Abbau von Gestein am Heuberg zum ersten Mal genehmigt?

Nach Auskunft der zuständigen nachgeordneten Behörden wurde mit Beschluss des Landratsamtes Rosenheim vom 23.10.1961 die Eröffnung und der Betrieb eines Steinbruchs genehmigt.

2.b) Welche weiteren Genehmigungen wurden bis heute erteilt (bitte unter Angabe aller Details inklusive Datums, Umgriff, Auflagen etc.)?

Nach Auskunft der zuständigen nachgeordneten Behörden wurde mit Bescheid vom 21.07.1980 eine Änderungsgenehmigung erteilt. Mit Bescheid vom 14.02.1994 wurden Maßnahmen zur Erhaltung der von Nord nach Südwest verlaufenden Sichtschutzwand getroffen. Mit Bescheid vom 05.09.1994 wurde der dem Bescheid vom 21.07.1980 zugrundeliegende Abbauplan des Architekturbüros Schlegel vom 17.10.1978 ersetzt durch den Lage- und Bestandsplan mit Bermenverlauf, Wegeführung und genehmigten Abbaugrenzen des Architekturbüros Loose von September 1993, geändert am 24.03.1994, mit amtlichen Berichtigungen vom 05.09.1994.

2.c) Welche natur- und artenschutzfachlichen Untersuchungen wurden am Heuberg seit Beginn des Abbaus bis heute durchgeführt (bitte mit allen Details inklusive Datums, genauen Ergebnissen, - rechtlichen - Konsequenzen etc.)?

Bezüglich der Vorgehenmaßnahmen sind der Staatsregierung keine naturschutzfachlichen Untersuchungen bekannt. Da die Genehmigungen weit zurückliegen, kann davon ausgegangen werden, dass Naturschutz und Landschaftsbild damals lediglich in der Rekultivierungsplanung Eingang gefunden haben.

Für die nunmehr beantragte Erweiterung des Steinbruchs wurde ein landschaftspflegerischer Begleitplan gefordert, der eine Bestandsaufnahme der Biotopnutzungstypen

pen nach der Bayerischen Kompensationsverordnung vorsieht und eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung, die eine Kartierung der Tierarten nach § 44 Abs. 5 Bundesnaturschutzgesetz beinhaltet. Nachdem die Antragsunterlagen diesbezüglich nicht ausreichend waren, wurde eine Untersuchung von der unteren Naturschutzbehörde in Auftrag gegeben.

3.a) Zu welchen Ergebnissen kamen die o.g. natur- und artenschutzrechtlichen Untersuchungen (bitte unter Nennung aller relevanten Details inklusive Datums, Schutzgütern und –tatbeständen und rechtlichen Konsequenzen)?

Die Besonderheit des vorliegenden Verfahrens liegt darin, dass eine Ermittlung des Ausgangszustandes auf den Flächen, die bereits gerodet wurden, die aber nach der Entscheidung des Bayer. Verwaltungsgerichtshofes von der bestehenden Genehmigung nicht umfasst waren, kaum oder gar nicht mehr möglich ist.

Nachdem die oben genannten Bestandsaufnahmen nach der in den Jahren 2017/2018 bereits erfolgten Rodung durchgeführt wurden, ergeben sich in der Rekonstruktion des vorherigen Bestands Herausforderungen. Nach der Begutachtung der umliegenden Fläche und eines Luftbildabgleichs aus den Vorjahren sind nach Einschätzung der Naturschutzbehörde eine Vielzahl verschiedener Biotop- bzw. Lebensraumtypen betroffen. Auch bei den betroffenen Tierarten können aufgrund rekonstruierter Daten lediglich Annahmen für die Betroffenheit einer Vielzahl verschiedener Arten gemacht werden, da die Lebensräume, außer der Felswand, bereits nicht mehr vorhanden sind.

Die abschließende rechtliche Bewertung kann erst nach vollständiger Durchführung des Genehmigungsverfahrens getroffen werden. Sie obliegt aufgrund der Konzentrationswirkung des Verfahrens der zuständigen Genehmigungsbehörde (Landratsamt Rosenheim).

3.b) Welche Untersuchungen auf Georisiken (Steinschlag, Rutschungen etc.) wurden am Westhang des Heuberges seit Beginn des Abbaus bis heute durchgeführt (bitte mit allen Details inklusive Datums, genauen Ergebnissen, - rechtlichen - Konsequenzen etc.)?

3.c) Zu welchen Ergebnissen kamen die o.g. Untersuchungen auf Georisiken (bitte mit allen Details inklusive Datums, genauen Ergebnissen, - rechtlichen - Konsequenzen etc.)?

Die Fragen 3.b) und 3.c) werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Die im Zusammenhang mit dem oder durch den Abbau möglicherweise entstehenden Georisiken lagen und liegen in der Verantwortung des Betreibers. Dies ergibt sich sowohl aus seiner Verkehrssicherungspflicht als auch aus der Schutzpflicht des Arbeitgebers gegenüber seinen Arbeitnehmern. Eine entsprechende Überwachung hierzu erfolgt vor allem aus Gründen des Arbeitsschutzes durch das Gewerbeaufsichtsamt sowie die Berufsgenossenschaft. Aus diesem Grund musste 1992 die oberste Nase der östlichen Sichtschutzwand durch Sprengung um ca. 30 m zurückgesetzt werden.

Nach Auskunft der zuständigen nachgeordneten Behörden erfolgt eine zusätzliche Untersuchung und Bewertung der Georisiken derzeit im Zusammenhang mit dem laufenden Verfahren sowie einer anhängigen Klage, in der ein Anwohner aus Überfilzen eine Gefahr für sein Anwesen befürchtet. Hierzu wurde ein geologisch-geotechnischer Bericht des Baugeologischen Büros Bauer und des Lehrstuhls für Ingenieurgeologie der TUM (Prof. Dr. Thuro) gefertigt, der zu dem Ergebnis kommt, dass der Steinbruchbetrieb kein Risiko für den Raum unterhalb, insbesondere die Ortschaft Überfilzen darstellt. Ein Risiko, wie es von dem Kläger bzw. seinem Anwalt beschrieben wird, könne mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden.

4.a) Wieso konnten die Erweiterungen des Steinbruchs nach der Verabschiedung des bayerischen Alpenplans in der Schutzzone C genehmigt werden, obwohl dort ausdrücklich die verkehrliche Erschließung in ebendieser Zone untersagt ist?

4.b) Haben diese unter 2a) genannten Genehmigungen dann überhaupt rechtlich Bestand?

Die Fragen 4.a) und 4.b) werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Der bestehende Steinbruch (mit dem verfahrensgegenständlichen Erweiterungsbe-
reich) befindet sich überwiegend in Zone C des Alpenplans, in der Verkehrsvorhaben
gem. LEP 2.3.3 (u. a. öffentliche Straßen sowie Privatstraßen und Privatwege) lan-
desplanerisch unzulässig sind. Die bestehende Hauptzufahrt zum Steinbruch befin-
det sich jedoch in Zone A des Alpenplans, in der Verkehrsvorhaben gem. LEP 2.3.3
mit Ausnahme von Flugplätzen landesplanerisch grundsätzlich unbedenklich sind,
soweit sie nicht durch Eingriffe in den Wasserhaushalt zu Bodenerosionen führen
können oder die weitere land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung gefährden.

*4.c) Wie beurteilt die Staatsregierung die Tatsache, dass das Landratsamt Rosen-
heim Wege und Straßen, die offensichtlich der Zu- und Abfahrt vom und dem Ver-
kehr auf dem Steinbruch dienen, als ‚Forststraßen‘ genehmigt hat?*

Mit Bescheid des Landratsamtes Rosenheim vom 27.10.1995 wurde, abzwiegend
von der Zufahrt zum Steinbruch, ein Forstweg genehmigt. Dieser dient nach wie vor
überwiegend forstlichen Zwecken.

*5.a) Warum wurden die Weißseggen-Buchenwälder am Heuberg bis heute nicht als
Natura 2000-Gebiet gemeldet?*

*5.b) Welchen Schutzstatus genießen nach Auffassung der Staatsregierung diese po-
tentiellen bzw. faktischen FFH-Gebiete?*

*5.c) Wann will die Staatsregierung bzw. die zuständigen Behörden diese Gebiete an
die Europäische Union melden?*

Die Fragen 5.a), 5.b) und 5.c) werden zusammen beantwortet.

Bei der Auswahl der FFH-Gebiete haben die Mitgliedstaaten nach der FFH-Richtlinie
fachlichen Ermessensspielraum. Die Gebietsvorschläge bzw. Gebietsmeldung an die
EU-Kommission sind bereits seit längerer Zeit abgeschlossen. Die Gebietsmeldung
für den Lebensraumtyp Orchideen-Buchenwald, in welchen die sog. Weißseggen-
Buchenwälder integriert sind, wurde von der Europäischen Kommission nicht bean-
standet und ist damit abgeschlossen. Die Vorkommen dieser Waldgesellschaft am
Heuberg sind daher – ungeachtet der hohen naturschutzfachlichen Wertigkeit – nicht
als „potenzielles bzw. faktisches FFH-Gebiet“ anzusehen.

6.a) Welche geschützten Tier- und Pflanzenarten sind am Heuberg, insbesondere am Westhang bisher nachgewiesen bzw. kommen dort wahrscheinlich vor?

Am Heuberg wird ein Vorkommen insbesondere folgender Tierarten angenommen: Alpenbock, Käfer (Laufkäfer sowie xylobionte (Totholz-)Käfer), Tagfalter, Fledermäuse (verschiedene Arten, insbesondere Bechstein und Mausohr), Brutvögel (insbesondere Spechte und Höhlenbrüter).

6.b) Wie stellen die Staatsregierung und zuständige Behörden dort den Schutz der prioritären FFH-Art Alpenbock, der Spanischen Flagge und anderer geschützter Arten wie Apollofalter, Uhu und Felsenschwalbe sicher?

6.c) Wie stellen die Staatsregierung und die zuständigen Behörden den Schutz der Biotope im geplanten Steinbrucherweiterungsgebiet am Heuberg sicher?

Die Fragen 6.b) und 6.c) werden gemeinsam beantwortet.

Nach Einschätzung der unteren sowie der höheren Naturschutzbehörde stehen der geplanten Erweiterung des Steinbruchs wesentliche naturschutzfachliche und -rechtliche Belange entgegen. Aufgrund des immissionsschutzrechtlichen Verfahrens mit Konzentrationswirkung liegt die abschließende Entscheidung über die Genehmigungsfähigkeit und die ggf. erforderlichen Schutz- und Kompensationsmaßnahmen allerdings bei der zuständigen Genehmigungsbehörde.

7.a) Welche Bedeutung hat für die Staatsregierung und die zuständigen Behörden vor dem Hintergrund der geplanten Eingriffe der sog. „Bergwaldbeschluss“ des Bayerischen Landtags von 1984?

Beim sog. „Bergwaldbeschluss“ handelt es sich um ein Ersuchen an die Staatsregierung, das im Rahmen der geplanten Eingriffe entsprechend berücksichtigt wird.

7.b) Wurde in den bisherigen Genehmigungsverfahren für den Steinbruch die Vereinbarkeit mit der Alpenkonvention und ihren Durchführungsprotokollen, insbesondere dem Bergwaldprotokoll und dem Bodenschutzprotokoll, geprüft?

7.c) Falls ja, zu welchen Ergebnissen kamen diese Überprüfungen (unter genauer Angabe aller Details aus diesen Überprüfungen)?

Die Fragen 7.b) und 7.c) werden zusammen beantwortet.

Da die Alpenkonvention im Jahr 1995 in Kraft trat und ihre Durchführungsprotokolle erst am 18.12.2002, war deren Vereinbarkeit bei den unter Frage 2.a) und 2.b) genannten Genehmigungen noch nicht zu prüfen.

8.a) Welche rechtlichen Konsequenzen hätte eine bewusst rechtswidrige Genehmigung der Steinbrucherweiterung für die Verantwortlichen in den zuständigen Behörden?

8.b) Welche rechtlichen Konsequenzen hätte eine rechtswidrige oder fehlerhafte Genehmigung der Steinbrucherweiterung für die Betreiberfirma und ihre Verantwortlichen?

Die Fragen 8.a) und 8.b) werden zusammen beantwortet: Eventualprüfungen werden nicht vorgenommen.

8.c) Welche Mitglieder der Staatsregierung wurden seit Oktober 2018 über die Vorgänge und das laufende Genehmigungsverfahren im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung des Steinabbaus am Heuberg informiert (bitte unter Angabe von Datum, Namen, Art, Anlass und Inhalt der Information)?

Eine Verpflichtung zur Erfassung sämtlicher geführter Gespräche (einschließlich Telefonate) besteht grundsätzlich nicht. Die Hausspitze des Umweltministeriums wurde im Rahmen der Beantwortung der Anfrage zum Plenum der Abgeordneten Claudia Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 21.10.2020 über die Durchführung eines laufenden Genehmigungsverfahrens informiert. Ferner hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, die dem zur Genehmigung gestellten Vorhaben kritisch gegenüberstehen, zuständigkeitshalber an das StMUV abgegeben.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Thorsten Glauber, MdL
Staatsminister